Energieeffizienz, Klimaschutz, gerechte Ressourcenverteilung und ökologischer Strukturwandel: Beiträge für Arbeit, Umwelt und Frieden in der Welt

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich in seinem Grundsatzprogramm von 1996 zu einer sozialen und ökologischen Reformstrategie bekannt. Wesentliche Ziele dieser Nachhaltigkeitsstrategie sind:

- ein qualitativ hochwertiges Wachstum sicher zu stellen,
- Wohlstand und Ressourcen sozial und gerecht zu verteilen,
- die gesellschaftliche Infrastruktur sozial gerecht zu finanzieren
- und den strukturellen Wandel auf mehr qualitativ hochwertige, humane und sicherere Arbeitsplätze auszurichten.

Sowohl der globale Frieden als auch der Schutz und die gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen der Erde können dauerhaft nur auf der Basis nachhaltiger Entwicklung gesichert werden. Der Klimaschutz, eine gerechte Wasserversorgung und die Deckung des erwarteten Rohstoff- und Energiebedarfs gehören zu den wichtigsten und ehrgeizigsten Herausforderungen der Gegenwart. Mit einer effizienten globalen Rohstoff- und Energiepolitik können die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, das Klima geschützt und mit innovativen und produktiven Energietechniken zukunftsfähige Beschäftigungsfelder geschaffen werden.

Bereits heute verbraucht die Welt alle zwölf Tage eine Milliarde Fass Öl. Von den über sechs Milliarden Menschen auf unserem Globus verfügen heute etwa eine Milliarde Menschen über einen ähnlichen Zugang zur Energie wie wir, zwei Milliarden hingegen über so gut wie keinen. Dies stellt global eine der größten sozialen Ungerechtigkeiten dar.

Europa steht in Sachen Energiepolitik vor gewaltigen Herausforderungen. Gerade der jüngste Preisanstieg bei Öl und Gas zeigt auf, wie stark Europa von Energieimporten abhängig ist. Im Jahre 2003 haben die 15 EU-Mitgliedsstaaten 80 % ihres Öl- und 49 % ihres Erdgasbedarfs über Importe gedeckt. Die Tendenz ist steigend. Dabei gilt: 1 US-$ mehr pro Fass Rohöl verteuert die Öl- und Gasrechnung der deutschen Volkswirtschaft um 1 Mrd. EUR.

Die Entkoppelung von Öl- und Gaspreisen ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten zu prüfen.

Auch wenn die Ölpreise angesichts der hohen Ölbestände aktuell übertrieben hoch erscheinen, ist langfristig mit im Vergleich zu früheren Jahren steigenden Ölpreisen zu rechnen. Die Endlichkeit der Ressource Öl unterstreicht die Notwendigkeit einer Politik der „Energiewende“ und der weiteren Erschließung der Potenziale regenerativer Energieträger.

Der rasante Ölpreisanstieg ist ein untrügliches Zeichen für die Jagd der Nationen nach Energie und Rohstoffen, genauso wie der durch den weltweiten Stahlboom ausgelöste Run auf Erz und Kohle. Zur weltweiten Stromerzeugung trägt Kohle heute stärker bei als Öl und Erdgas zusammen. Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch rohstoffabhängige Technologie-Regionen wie die USA, Europa und Japan setzen auf Kohle, weil sie anders als Öl und Erdgas im Langzeitvergleich preisstabiler ist und aus Regionen kommt, die als politisch gefestigter gelten als der Nahe Osten oder Afrika. Der weltweit größte Kohleproduzent China wandelt sich vom Exporteur zum Netto-Importeur. Trotz des weiteren Ausbaus der Förderung wird in China schon vor einer Verknappung gewarnt. Gehen die Ausfuhren weiter zurück – wie dies bereits beim Koks der Fall ist – wird das nach Einschätzung vieler Experten zu erheblichen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt führen.

Die globalen Rahmenbedingungen der Rohstoffversorgung haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Eine sichere und effiziente, aber auch gerechte Rohstoffversorgung

ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer hochtechnologischen Industrienation wie Deutschland, die von der Umwandlung von Rohstoffen in anspruchsvolle Investitions- und Konsumgüter lebt. Neue große Nachfrageländer wie China und Indien dringen auf die Rohstoffmärkte; zugleich wird der Kreis der Rohstofflieferanten kleiner. Einstige Exporteure wie z. B. Großbritannien werden in den nächsten Jahren zu Importeuren bei Öl und Gas. Von existentieller Bedeutung für die deutsche Industrie ist auch die Versorgung mit Nicht-Eisen-Metallen wie Aluminium (neben Kupfer mengenmäßig am bedeutsamsten), Magnesium, Zink und Zinn. Für nicht rostende oder Spezialstähle sind Chrom, Molybdän, Vanadium, Nickel, Mangan und Wolfram notwendig.

Nachhaltige sozial und ökologisch ausgerichtete Innovationsstrategien können zu erheblichen positiven Beschäftigungswirkungen führen. Produkte und Verfahren sollen nicht nur schadstoffarm sein, sie müssen den Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Flächen so gering wie möglich halten. Dies ist das Qualitätskriterium für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Es ist zugleich Qualitätskriterium für Wettbewerbsfähigkeit moderner Volkswirtschaften. Denn die Nachfrage nach energieeffizienten Gütern und Dienstleistungen wird in Zukunft steigen. Eine nachhaltige Energiepolitik ist moderne Industriepolitik, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit sichert. Technologische Einzelinnovationen allein werden dabei nicht ausreichen. Die ökonomische und ökologische Entwicklung der Rohstoff- und Energiewirtschaft hängt nicht nur von der Innovation der Techniken und Produkte, sondern auch von der Innovation der Prozesse und Strukturen ab. Gerade im Klimaschutz bestehen enorme Innovationspotentiale für eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere in den Bedarfsbereichen Infrastruktur, Energie, Mobilität sowie Wohnen und Konsum. Wesentlich sind Innovationen für die Energieeinsparung, zur effizienteren Nutzung von Primärenergien sowie zum Ausbau regenerativer Energieträger. Notwendig hierfür ist eine Einbeziehung von Verbraucherinnen und Verbrauchern durch Anreize für einen nachhaltigen Konsum.

Die neue Bundesregierung setzt in ihrem Koalitionsvertrag auf Klimaschutz und Energiemix. Sie benennt prinzipiell die richtigen Instrumente, mit denen sie ihre Ziele erreichen will. Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt diese Politik und fordert im Einzelnen von Politik und Wirtschaft:

Energie- und rohstoffpolitisches Gesamtkonzept

- Im Hinblick auf die enormen Klimaschutzanforderungen und die weltweit knapper werdenden Ressourcen an Rohstoffen und fossilen Energieträgern fordert der DGB die Bundesregierung auf, ein rohstoff- und energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen, das sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit - Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Beschäftigungssicherung - orientiert.

- Heimische Energieträger - wie Kohle und erneuerbare Energien - müssen zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Sicherung von Arbeitsplätzen einen höheren Stellenwert bekommen. Technologischer Wandel und Innovationen im Energiesektor sind aus Sicht des DGB Voraussetzungen für zukunftsfähige Beschäftigung. Innovative ressourcen- und klimaschonende Fertigungstechniken bilden die Grundlage für wettbewerbsfähigen Technologie- und Wissensexport.

- Der DGB fordert verstärkte Aktivitäten von Bundesregierung und Wirtschaft, mit friedlichen Mitteln eine nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung zu fairen Preisen zu gewährleisten. Für eine verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung braucht unsere Industriegesellschaft sichere und politisch stabile Lieferländer. Der Rohstoffreichtum dieser Länder muss auf Dauer auch den Rohstoffländern selbst zu Gute kommen. Nur so lässt sich eine weltweite friedensstiftende Entwicklung gewährleisten. Dabei geht es vor allem um Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, aber auch Afrika, das neben anderen Bodenschätzen über beträchtliche Reserven an leichtem, schwefelarmen Erdöl verfügt.

- Der DGB fordert die Bundesregierung dazu auf, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Stabilität und Funktionsfähigkeit von Märkten für die lebensnotwendige Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft mit friedlichen Mitteln zu sichern und auszubauen.

- Der DGB fordert ein Konzept für eine langfristige Rohstoffsicherung, so dass Rohstoffabbau, Naturschutz und soziale Entwicklung keine Gegensätze mehr sind. Neue Verbrauchernationen haben ebenso wie nachfolgende Generationen ein Recht auf ihren Anteil an den Rohstoffvorräten der Welt.

- Angesichts der Tatsache, dass hinter den hohen Öl- und Strompreisen im beträchtlichen Umfang auch spekulative Elemente stehen, fordert der DGB mehr Markttransparenz, um mit präziseren Informationen über tatsächliches Angebot, Nachfrage und Preisgestaltung spekulativen Elementen den Boden zu entziehen.

- Die Liberalisierung des europäischen Energie-Binnenmarktes hat die Senkung der Energiepreise durch stärkeren Wettbewerb und Handel im Blick. Dabei darf jedoch die Versorgungssicherheit mit Energie nicht gefährdet werden, denn ihr kommt sowohl wirtschaftliche als auch strategische Bedeutung zu. Die Anwendung des Kartell- und Energiewirtschaftsrechtes muss in gleichem Maße den Zielen Preiswürdigkeit, Versorgungssicherheit, Umwelt- und Klimaschutz und Beschäftigungssicherung verpflichtet werden. Eine Erhöhung der Gesamtfaktorproduktivität auf gesamtwirtschaftlicher Ebene muss dem Erfordernis der Verteilungsgerechtigkeit genügen. Die deutsche Energie- und Rohstoffwirtschaft müssen ihren Beitrag zur Preisstabilität leisten.

- Das im Jahr 2005 neu geregelte Energiewirtschaftsrecht sieht die rechtliche Entflechtung integrierter Unternehmen und die Regulierung der Netzentgelte durch eine Bundesnetzagentur vor. Die zukünftig vorgesehene Methode der Anreizregulierung der Netzentgelte ist so auszugestalten, dass neben den Vorgaben zu Effizienzsteigerung auch geeignetere Anreize dafür geschaffen werden, ausreichende Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Netze zu tätigen, Umwelt- und Klimaschutz zu optimieren, Beschäftigung zu generieren, Tarifvereinbarungen, betriebliche Standards und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Der DGB fordert, dass die Effizienzgewinne nicht alleine von der deutschen Wirtschaft vereinnahmt werden, sondern über Preissenkungen an die Verbraucher weitergereicht werden.

Nachwachsende Rohstoffe und heimische Ressourcen

- Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten zu minimieren. Deutschland verfügt im wesentlichen nur über Kohle, Kali und Salz und ist bei bestimmten Rohstoffen wie Öl, Gas und Metallen dauerhaft von Einfuhren abhängig. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit der Industrie Alternativen zu Rohstoffimporten zu entwickeln.

- Im Energiebereich kann diese Abhängigkeit durch den weiteren Ausbau regenerativer Energieträger langfristig verringert werden, ebenso wie durch die effiziente und umweltgerechte Nutzung der umfangreichen Vorräte an Stein- und Braunkohle. Neue Kohlekraftwerke werden im Zuge des Reinvestitionszyklus mit dem jeweils höchsten technisch erreichbaren Wirkungsgrad realisiert, bei ökonomisch vertretbaren Kosten. Der Ersatz alter durch neue Kraftwerke mit deutlich höherem Wirkungsgrad spart Kohlendioxid und ist mithin ein Beitrag zum Klimaschutz. Dies gilt insbesondere dann, wenn Potenziale der Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung (KWK) vollständig genutzt werden. Durch ein konsequentes clean-coal-Konzept muss die Nutzung der Kohle weiter optimiert werden.

- Auch wenn realistisch betrachtet Öl auf absehbare Zeit der wichtigste Rohstoff für die chemische Industrie bleiben wird, haben nachwachsende Rohstoffe ein großes Potenzial als Grundstoff in der Chemieindustrie und können rohölbasierte Produktionen ersetzen. Nachwachsende Rohstoffe decken bereits heute rund 10 % des Bedarfs, etwa für Schmier-, Kunst- oder Dämmstoffe. Bundesregierung und Wirtschaft müssen ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in diesem Bereich spürbar verstärken.

- Der Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch muss erheblich erhöht und die Entwicklung innovativer Antriebstechnologien konsequent weiter ausgebaut werden. Der DGB fordert von der Bundesregierung eine gesetzliche Flankierung, beispielsweise durch eine angemessene steuerliche Förderung von Biokraftstoffen und durch eine Beimischungspflicht.

Klimaschutz

- Ein Nachlassen im Klimaschutz würde im offensichtlichen Widerspruch zu neuen Erkenntnissen der Klimaforschung stehen. Deutschland muss weiter große Anstrengungen für die Erreichung der Klimaschutzziele unternehmen. Nach Ansicht des DGB gehören Energieeffizienz und klimaschonende Maßnahmen zusammen. Wir müssen den Klimawandel bremsen und in einer globalisierten Ökonomie mit einer wachsenden Nachfrage nach sehr begrenzten Rohstoffen wettbewerbsfähig bleiben. Ein messbarer Erfolg der internationalen Klimaschutzpolitik steht nach wie vor aus; deshalb muss der politische Prozess intensiviert werden, damit weitere Länder in die Weiterentwicklung der Kyoto-Ziele einbezogen werden können.

- Deutschland hat vorgeschlagen, dass sich die EU im Rahmen der internationalen Klimaschutzverhandlungen zur Reduzierung ihrer Treibhausgase bis 2020 um 30 % gegenüber 1990 verpflichtet. Der DGB fordert, dass sich Deutschland unter dieser Voraussetzung zu einer Reduktion um 40 % verpflichtet.

Ressourceneffizienz

- Ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren Rohstoffversorgung ist der sparsame Umgang mit den Ressourcen. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, über Rahmenbedingungen eine Verdopplung der Energie- und Rohstoffproduktivität in Deutschland bis zum Jahr 2020 sicher zu stellen.

- Die energetische Sanierung von Gebäuden ist ein zentraler Hebel, die Energieeffizienz kräftig zu steigern. Da jährlich im Schnitt nur 0,5 % aller Altbauten energetisch modernisiert werden, bräuchte man hierfür 200 Jahre. Viele der Sanierungsmaßnahmen werden vom lokalen Handwerk durchgeführt, sind also beschäftigungsintensiv. Von daher ist vor allem die örtliche und regionale Verbreitung energieeffizienter Sanierungsmaßnahmen von großer beschäftigungspolitischer Bedeutung. Je bekannter die Technologien und je einfacher die Anwendung der einzelnen Komponenten beim Verbraucher, umso schneller kann der Energieverbrauch in großem Maßstab gesenkt werden. Gleiches gilt für dezentrale Energieerzeugungsanlagen als auch für Einbau, Wartung und Reparatur regenerativer Energiesysteme. Der DGB unterstützt das Förderprogramm der Bundesregierung zur energetischen Gebäudesanierung und fordert, dieses weiter auszubauen.

- Programme der EVU zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung für die kleine und mittlere Industrie und Gewerbe und für Haushalte sind im Zuge der Liberalisierung vielfach wegen fehlender Wirtschaftlichkeit eingestellt worden. Sie müssen wieder möglich werden. Für geeignet hält der DGB die Einrichtung eines nationalen Energiesparfonds in ausreichender Höhe. Aus dem Fonds erhalten Energiedienstleister (EVU, Energieagentu-

ren, private Anbieter) finanzielle Unterstützung, wenn sie Energiesparberatung und Energiespardienste durchführen.

Energiemix

- Zentrales Instrument für die Weiterentwicklung einer Energiestrategie ist ein langfristiger, nachhaltiger Energiemix. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, mit ambitionierten Zielen und Fördermaßnahmen den Energiemix auf die Gleichwertigkeit der Ziele Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltschutz, insbesondere CO_2-Reduzierung, auszurichten.

- Alle Energieträger müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden, um Kosten zu reduzieren und Umwelt und Klima zu schonen. Jede Maßnahme zur effizienteren Energienutzung in Deutschland ist ein Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung, auch weil dadurch Brennstoffimporte nicht weiter ansteigen.

- Die Bundesregierung muss der Energiewirtschaft verlässliche und eindeutige Rahmenbedingungen über den künftigen Energiekurs an die Hand geben, damit notwendige Investitionen abfließen können.

- Beschäftigungsprobleme, die mit dem strukturellen Wandel der Energie- und Bergbauwirtschaft entstehen können, müssen sozialverträglich gelöst werden.

Erneuerbare Energien

- Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2020 auf mindestens 20 Prozent und auf mindestens 10 Prozent am Gesamtenergieverbrauch steigen. Bis zum Jahr 2050 sollte der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bei 50 Prozent liegen.

- Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die ambitionierten Ziele für einen nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verfolgen. Erneuerbare Energien sind heimische Energieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat sich bei der Förderung der erneuerbaren Energien bewährt und ist als Förderinstrument fortzuführen. Es ist bis 2007 hinsichtlich ökologischer und ökonomischer Wirksamkeit zu überprüfen. Dabei müssen insbesondere Degression und Anlagenförderdauer der tatsächlichen Entwicklung der Erzeugungskosten angepasst werden, um die Markteinführung der erneuerbaren Energien zu beschleunigen.

- Grundlastfähige erneuerbare Energien in der Stromerzeugung - wie Geothermie oder Biomassenutzung - sind stärker zu fördern.

- Der DGB fordert, die Marktpotenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich durch die Fortschreibung des Marktanreizprogramms und durch die Entwicklung eines Gesetzes zur regenerativen Wärmenutzung besser zu erschließen. Anlagen regenerativer Energien in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung sind besonders zu fördern.

Traditionelle Energieträger

- Traditionelle Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas müssen effizient und umweltgerecht in Strom umgewandelt werden. Der DGB fordert die Energiewirtschaft auf, den Kraftwerkspark zu modernisieren und zu erneuern sowie auf Effizienz der Energieausbeute auszurichten.

- Energieeinsparpotentiale auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite müssen ausgeschöpft werden.

- Der Ausbau von dezentralen Kraftwerken und von hocheffizienten KWK-Anlagen muss gefördert werden. Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz ist entsprechend weiter zu entwickeln.

Kernenergie

- Der DGB trägt die bisherigen Beschlüsse des Energiekonsenses zum langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie mit.

- Die Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist in nationaler Verantwortung von der Bundesregierung zusammen mit der Atomwirtschaft in dieser Legislaturperiode einer Lösung zuzuführen.